

Beschluss des Landrats vom 02.06.2022

Nr. 1551

18. Helene Bossert (1907-1999) – Wiedergutmachung
2021/735; Protokoll: ps

Linard Candreia (SP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Linard Candreia (SP) bedankt sich für die ausführliche Antwort, deren Umfang ihn beeindruckt hat. Das Resultat allerdings sei nicht befriedigend, denn es gebe keine Positionierung des Regierungsrats respektive aus Sicht des offiziellen Baselbiets zu dem Helene Bossert widerfahrenen Unrecht. Die sehr defensive Stellungnahme beinhaltet ausführliche formaljuristische Erläuterungen. Eine rechtliche Aufarbeitung der damaligen Ereignisse hat der Redner nicht erwartet, sondern eine politische Antwort, einen Positionsbezug, eine späte Entschuldigung und eine offizielle Klarstellung, dass die engagierte Baselbieterin und überzeugte Christin Helene Bossert zu Unrecht verdächtigt, vorverurteilt und ausgegrenzt wurde. Dies wäre eine Chance für eine Rehabilitierung gewesen und sie hätte genutzt werden müssen. Dafür braucht es keine Gesetzesgrundlage. Die Chance wurde verpasst, und die Weigerung des Regierungsrats, Möglichkeiten zu prüfen, wie am Beispiel von Helene Bossert zweckmässige Unterlagen für den Geschichtsunterricht erarbeitet werden könnten, wird mit unzutreffenden Argumenten begründet. Der Redner stellt sich eine niederschwellige Broschüre vor, wie es beispielsweise eine zu Augusta Raurica gibt oder zum Thema der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Damit hätte der Geschichtsunterricht lebendiger, plausibler und exemplarischer gestaltet werden können, da es sich um ein lokalhistorisches Thema mit einem internationalen Bezug handelt. Als ehemaliger Geschichtslehrer hat der Redner relativ viel Lokalgeschichte vermittelt. Die Schülerinnen und Schüler waren interessiert, weil es sie betrifft. Ein Hoffnungsschimmer besteht: Der Regierungsrat lässt offen, ob es eine wissenschaftliche Aufarbeitung zum Thema des Kalten Krieges und der deswegen verunglückten Menschen gibt, allenfalls zusammen mit Basel-Stadt. Erfreulicherweise signalisiert auch die Wohngemeinde Sissach die Absicht, der mundtot gemachten Mundartdichterin einen Platz zu widmen sowie einen Themenweg zu schaffen. Zur Einweihung des Platzes würde der Regierungsrat wohl eingeladen. Wird er durch Abwesenheit glänzen? Wenn nicht, was wird er sagen?

Bálint Csontos (Grüne) dankt dem Vorredner für die Interpellation und dem Regierungsrat für die aufschlussreiche Antwort. Eine historische Aufarbeitung des Themenkomplexes fehlt, jedoch wäre auch noch in anderen Bereichen eine Aufarbeitung nötig. Häufig ist der beste Weg zu einer Rehabilitation derjenige der historischen Aufarbeitung, wenn es ansonsten keine Möglichkeit gibt, vergangenes Unrecht wiedergutzumachen, weil die betroffenen Personen nicht mehr am Leben sind. Der Redner würde begrüßen, wenn der Regierungsrat den in der Antwort aufgezeigten Weg verfolgen und dies in Zukunft auch in ähnlich gelagerten Fällen in Betracht ziehe würde. Eine historische Aufarbeitung kann nicht nur für die Rehabilitation wichtig sein, sondern auch für eine allfällige Wiedergutmachung, wenn dies zur Diskussion steht.

Marc Schinzel (FDP) sagt, die Stellungnahme des Regierungsrats gehe ausführlich auf den Fall ein, die Beurteilung durch seine Vorredner erscheine ihm zu negativ. Es wird einiges unternommen. Helene Bossert hat den Kulturpreis des Kantons erhalten, und dies ist eine Auszeichnung. Für eine Aufarbeitung braucht es jedoch nicht immer nur den Staat, denn auch in der Zivilgesellschaft, an den Universitäten und in den Schulen geschieht vieles. Die betroffene Zeitepoche wird

aus vielen Blickwinkeln betrachtet. Es gibt nicht nur das Thema des Kalten Kriegs, während dessen gewissen Leuten Unrecht getan wurde; in den USA wurden im Rahmen der Kommunistenjagd auch prominente Leute, sogar Albert Einstein, verfolgt. Dies ist absurd. Aber es könnte auch aufgearbeitet werden, dass gewisse Leute ständig an bestimmte Orte gepilgert sind, beispielsweise nach Ost-Berlin. Die demokratische Linke hat sich nicht immer so sauber von der totalitären Linken abgegrenzt. Die Aufarbeitung kann durch wissenschaftliche Institutionen erfolgen, dafür braucht es nicht den Staat.

Wichtig ist dem Redner, dass auch einmal in einer Broschüre das Positive aufgezeigt wird, das in der Region geleistet wurde, beispielsweise die Geschichte der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Es wäre höchste Zeit, dass in den Schulen auf diese grossartigen Entwicklungen mehr Gewicht gelegt wird. So wurde unter anderem das Ferrarirot in Basel entwickelt. Die Ovomaltine ist ein Produkt von Wander und Sandoz. Die Schülerinnen und Schüler wissen viel zu wenig über die grossartige Industriegeschichte unserer Region. Auch zu solchen Aspekten der Regionalgeschichte könnte eine Broschüre erarbeitet werden.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) erklärt, es sei aufgezeigt worden, was Helene Bossert geleistet habe, jedoch auch, was ihr widerfahren sei. Es gibt keine systematische Aufarbeitung der Diskriminierungen, des geschehenen Unrechts bei Auslandsreisenden oder anderen Personen, die während des Kalten Krieges in Verbindung mit dem Kommunismus gebracht wurden. Der Regierungsrat kann nicht nur einen Einzelfall angehen. In der Interpellation wurde dargelegt, dass es andere, weniger bekannte Personen gibt, denen auch Unrecht geschehen ist. Es braucht eine Aufarbeitung, um einen Überblick zu erhalten, was überhaupt geschehen und wo allenfalls über eine Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts oder eine Rehabilitierung nachzudenken ist. Bei den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gibt es eine gesetzliche Grundlage und die Broschüre «Fürsorge und Zwang» wurde auch im Wissen darum erarbeitet, dass diese Grundlage existiert. Die Situation hier ist nicht ganz vergleichbar. Es wurde versucht, Helene Bossert bis zu einem gewissen Grad zu rehabilitieren, indem ihr der Kulturpreis verliehen wurde. Anscheinend reicht dies nicht. Es ist gut zu überlegen, was getan wird und ob ein Zeichen ein Unrecht wieder gut macht oder es nach einigen Jahren heisst, dass eigentlich zu wenig getan wurde. Der Regierungsrat hat einen möglichen Weg aufgezeigt. Das Parlament müsste entscheiden, in welche Richtung es gehen soll.

Zur Veranstaltung in Sissach ist im Moment nicht bekannt, wer überhaupt daran teilnehmen würde, sollte es einmal eine Einladung geben. Dieser Punkt muss noch offengelassen werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.
